

Offener Brief der Bundespressekonferenz und der Landespressekonferenzen
zum Tag der Pressefreiheit

Trotz Pandemie - die gelebte Pressefreiheit muss immer Bestand haben

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,
sehr geehrte Ministerinnen und Minister der Bundes- und Landesregierungen,
sehr geehrte Damen und Herren Regierungssprecherinnen und -sprecher,

die Corona-Pandemie stellt alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen unseres Landes vor neue, ungewohnte Aufgaben. In dieser bisher nicht gekannten Krise, die die gewohnten Arbeitsabläufe von Politik, Medien und Gesellschaft verändert, kommt den Medien eine elementare Aufgabe zu. Information, Einordnungen, aber auch kritische Fragen zu den Beschränkungen sind wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Medien und seriöser Journalismus sind systemrelevant!

Die Information der Medien ist dabei eine der wichtigen Aufgaben des Staates. In Artikel 5 unserer Verfassung heißt es: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.“ Das ist für uns die unverrückbare Leitlinie. Mit Sorge nehmen wir wahr, dass es aber immer wieder zum Negativen veränderte Bedingungen im Informationsfluss zu geben scheint: Pressekonferenzen ohne Journalisten, Fragen, die durch Regierungssprecher geschönt vorgetragen werden, Nachfragen, die gar nicht möglich sind.

Uns ist bewusst, dass bestimmte Einschränkungen der Pandemie geschuldet sind. Sie behindern aber die Arbeit von Journalisten und Journalistinnen. Das ist für uns untragbar und wir erwarten, dass alle Einschränkungen so bald wie möglich zurückgenommen werden. Auch die Landespressekonferenzen und die Bundespressekonferenz haben, wo sie als Einladende Verantwortung tragen, ihre Veranstaltungen verkleinert und Online-Teilnahmen ermöglicht. Auch für uns ist das kein Zustand, der uns befriedigt und den wir gerne zurückführen wollen.

Wir nehmen wahr, dass die Bereitschaft wächst, trotz der erschwerten Bedingungen, Pressekonferenzen mit unmittelbarer Teilnahme von Journalistinnen und Journalisten weiterhin abzuhalten oder wieder aufzunehmen und damit Informationsflüsse aufrechtzuerhalten. Gerade in einer Zeit, in der das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit groß ist, wird der Pressefreiheit damit ein wichtiger Dienst erwiesen. Eine Information der Öffentlichkeit über die Hintergründe der politischen Entscheidungen und der tiefen Einschnitte in unser aller Leben muss offen und transparent ermöglicht werden. Nur das hält unser Land zusammen und stärkt unsere Demokratie. Zum internationalen Tag der Pressefreiheit wollen wir deswegen dringend an Sie appellieren, die Einschränkungen für Journalisten so klein wie möglich zu halten, kritische Fragen zu ermöglichen und damit Artikel 5 zu achten.

Die derzeitige Krise darf keine Ausrede sein, sich vor unangenehmen Fragen wegzuducken. Wir, die in der Bundespresse- und den Landespressekonferenzen zusammengeschlossenen Journalistinnen und Journalisten, werden darauf achten.

Berlin, 30. April 2020

Der Vorstand der Bundespressekonferenz
Die Vorstände der Landespressekonferenzen
Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen